

# Indien im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

## Die Religion entscheidet

Das indische Oberhaus (*Rajya Sabha*) hat am 11. Dezember eine umstrittene Veränderung zum Staatsbürgerschaftsgesetz (*Citizenship Amendment Bill, CAB*) verabschiedet. Indien erlaubt Minderheiten künftig die schnellere Einbürgerung. Wer allerdings Inder/-in nach dieser Regelung werden darf, darüber entscheidet nun die Religion. Die Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes erleichtert Angehörigen der Hindus, Sikhs, Christen, Buddhisten, Jainas und Parsen die Einbürgerung. Angesprochen ist ein Personenkreis, der vor 2014 aus Pakistan, Bangladesch oder Afghanistan geflohen ist und sich bislang ohne legalen Status in Indien aufhält. Außen vor bleiben Muslime. Angehörige des Islam müssen nach wie vor elf Jahre auf ihre Staatsbürgerschaft warten. Für alle anderen gelten schon bald nur noch sechs Jahre. Indien ver helfe verfolgten religiösen Minderheiten zu einem sicheren Hafen, so die Regierung. Muslime seien ausgenommen, da sie in den ausgewählten Ländern keine Diskriminierung fürchten müssten. Gegen die Novellierung gab es vor allem im Nordosten Indiens Proteste. Speziell in Assam gingen Zehntausende auf die Straße. Dort befürchten die Einheimischen, dass es weniger um einen sicheren Hafen für Angehörige verfolgter Religionen geht, sondern dass CAB eine stärkere Einwanderung und mithin die systematische Ansiedlung von Hindu-Gläubigen zur Folge haben wird. Dies wiederum würde die demographische Zusammensetzung gerade in den Bundesstaaten im Nordosten verschieben und Rechtsansprüche etwa aus der Zugehörigkeit zu einer angestammten Ethnie sowie gewohnheitsrechtliche Regelungen allmählich aushebeln. Immerhin kritisiert selbst die staatliche US-Kommission zur Religionsfreiheit (*United States Commission on International Religious Freedom*) offen die Änderung und fordert gar Sanktionen gegen Innenminister Amit Shah. Nach Meinung von Expert(inn)en verstößt CAB gegen die indische Verfassung und internationale Menschenrechtsstandards. Eventuell ist das letzte Wort dazu noch nicht gesprochen.

## Die falsche Art von Gerechtigkeit

Im November erschütterte die brutale Vergewaltigung und Ermordung einer Tierärztin aus Hyde-

abad Indien und auch internationale Medien. Die Tierärztin war Opfer einer Gruppenvergewaltigung geworden. Anschließend hatten die Täter sie ermordet, mit Benzin übergossen und verbrannt. Seit dem Fall der Massenvergewaltigung der Studentin Jyoti Singh in einem fahrenden Bus in Delhi 2012 hat es keinen solchen Aufschrei mehr in den indischen Medien gegeben. Die vier Täter wurden in Hyderabad festgenommen, die Polizei leitete Ermittlungen ein und organisierte eine Tatortbegehung. Dabei wurden unter noch nicht vollständig geklärten Umständen die vier Täter von Polizisten erschossen. Hunderte Menschen feierten spontan den Tod der mutmaßlichen Täter.

Seit der Tat von 2012 wurde das Strafrecht 2013 verschärft, es wurden Hotlines bei der Polizei eingerichtet, die Polizei und Staatsanwaltschaften wurden für die besonderen Umstände bei sexualisierter Gewalt sensibilisiert. Die Zahl der gemeldeten Vergewaltigungen stieg in die Höhe, weil teilweise die Opfer häufiger in die Strafverfolgung vertrauten und ihr Erleiden zur Anzeige brachten. Hingegen nahm die öffentliche Berichterstattung sexualisierte Gewalt nur dann zur Kenntnis, wenn die Umstände einen Sensationsbericht hergaben. Das ist nicht neu. Angesichts der monströsen Tat im November und dem Medienwiderhall nach zu urteilen, scheint es allerdings in der Gesellschaft eine von der strukturellen Wahrnehmung gezogene Grenze zu geben, die Vergewaltiger überschreiten müssen, damit ihre Taten auch unter weniger sensationsheischenden Umständen als Verbrechen erkannt werden. Frauenorganisationen weisen seit langem darauf hin, dass solche Reaktionen und das Desinteresse an alltäglichen sexistischen Bedrohungen die Einstellungen bei den Tätern wie beim sozialen Umfeld nicht verändern, sondern patriarchale Vorurteile weiter transportieren. Stattdessen werden Bewegungen wie #MeToo diskreditiert. Es fällt der Gesellschaft in Indien anscheinend nach wie vor schwer, Frauen zu glauben.

## Ungewöhnliche Landesregierung in Maharashtra

Im November wurde im Bundesstaat Maharashtra eine neue Landesregierung gebildet. Das Regierungsbündnis besteht aus drei Parteien: Shiv Sena,

*Nationalist Congress Party* (NCP) und der Kongress-Partei. Es handelt sich um ein nicht nur taktisches Experiment. Rein rechnerisch hätte die Allianz der Vorgängerregierung aus Bharatiya Janata Party (BJP) und Shiv Sena ebenfalls eine Mehrheit zustande bringen können. So haben die politischen Kräfte in Maharashtra jetzt ein Bündnis verabredet, dessen Parteien bisher standhaft ihre politische Gegnerschaft pflegten. Es wird dies unter anderem als Reaktion auf die Tendenzen der BJP gesehen, Indienweit eine Homogenisierung der Politik und Kultur zu betreiben, die Kontrolle der Machthebel auf allen Ebenen anzustreben und damit auch die jetzigen Bündnisparteien perspektivisch und strukturell von der Macht fernzuhalten.

### Europaparlamentarier in Kaschmir

Ende Oktober vermeldeten Nachrichtenagenturen, eine Delegation des Europäischen Parlaments habe auf Einladung der indischen Regierung Kaschmir besucht. In der Tat war eine Reisegruppe von 27 Abgeordneten des Europaparlaments nach Kaschmir gereist und von der indischen Regierung eingeladen worden. Die Abgeordneten wurden sogar vom indischen Premierminister Narendra Modi empfangen. Insbesondere in Indien, aber auch im Ausland sorgte die Visite für ein Presseecho. Bislang war es selbst indischen Parlamentarier(inne)n nicht möglich, Jammu und Kaschmir zu besuchen. Nach Angaben der EU-Vertretung in Neu-Delhi handelte es sich bei der Reisegruppe jedoch um keine offizielle Delegation des Europäischen Parlaments. Solche Delegationen würden strikten Regeln unterliegen und vom gesamten Parlament aus allen Fraktionen zusammengestellt. Die Reisegruppe der 27 Abgeordneten setzte sich hingegen aus politisch rechts stehenden Parteien zusammen und hatte einen Werbecoup gelandet. Ein interessantes Detail aus dem Besuch der Reisegruppe: Anlässlich ihrer Visite in Kaschmir lud die Regierung eine Delegation der Industrie- und Handelskammer aus Jammu ein, Gespräche mit den Abgeordneten zu führen. Die *Kaschmir Chamber of Commerce & Industry* (KCCI) hingegen blieb außen vor.

### Abfälle als Überlebensstoff urbaner Ökomilieus

Abfälle in Städten tragen zur Wirtschaft bei, das ist bekannt und gut dokumentiert. Weniger bekannt ist die Rolle von Abfällen in einer lokalen Mensch-Tier-Ökologie mit Nutztieren und Wildvögeln. Eine

Studie zu zwei Vorstädten in Delhi (*Jhuggi-Jhopdi* und Migrations-Kolonien) über die Jahre 2012 bis 2017 hat zahlreiche Ökosubsysteme ans Tageslicht gebracht, in denen etwa Kühe, streunende Hunde, Ratten, aber auch Wildtiere wie Schwarze Milane oder Affen eine tragende Rolle spielen. Sie finden Nist- und Futterplätze insbesondere in informellen Siedlungen. Und davon gibt es im Großraum Delhi mehr als genug. Auch kommerzielle Aspekte spielen eine Rolle. Die Nachfrage nach Milch hat Indien von einem Zustand akuter Verknappung zum weltweit führenden Milcherzeuger gemacht. Dies hat Ertragsgrundlagen für Viehhalter in städtischen Hinterhöfen geschaffen. Die Begegnungen zwischen Mensch und Tier haben allerdings auch zur Ausbreitung von Krankheiten wie Tollwut, Tuberkulose, Leishmaniose oder Leptospirose geführt.

Eine zweite Beobachtung betrifft die Eingliederung von Elendsviertelbewohner(inne)n in eine Kastenhierarchie, obwohl sie selber keiner Kaste angehören. Migrant(inn)en aus dem Osten, etwa Westbengalen, beteiligen sich an der manuellen Abfallentsorgung und bedingen eine Reorganisation der informellen Müllabfuhr. Mangels sonstiger Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten stoßen bengalische Muslime in Arbeitsgebiete vor, die bisher von Dalits besetzt waren. Die abschätzigste Bewertung dieser Arbeiten bleibt bestehen, die Hierarchisierung in Gestalt der Kastengliederung besteht insofern fort. Selbst das Staturempfinden bei den Betroffenen scheint sich an diese Rangordnung anzupassen. Wenngleich die quasi neuen Unberührbaren auf sofortigem Cash bei der Entlohnung etwa für Schrott bestehen, um die Scham auszugleichen, die sie erfahren.

### Indische Wirtschaft auf dem Weg zum Strukturbruch?

Am 8. November feierte Indien den dritten Jahrestag der Demonetisierung zwecks Eindämmung des Schwarzgeldmarktes und der Korruption. Im Juli 2017 führte die Regierung außerdem eine komplexe Steuerreform ein, die *Goods and Services Tax*, um eine moderne Wirtschaftspolitik zu betreiben. Dies hat nach Ansicht einer Reihe von Ökonomen die wirtschaftliche Leistung der indischen Ökonomie bislang jedoch insgesamt nachteilig beeinflusst. Umgekehrt wurden auch in der Öffentlichkeit Debatten angestoßen, dass Indiens Ökonomie sich mehr auf Forschung und Produktentwicklung konzentrieren sollte, als auf die traditionelle Ausrichtung auf Fertigung, Montage und informelle Sektoren als Zulieferer.

rer. Indien müsse sich in der Wertschöpfungskette nach oben verschieben und sich von einem Dienstleister für viele verschiedene Branchen zu einem branchenübergreifenden Innovator in der lokalen wie globalen Wirtschaft entwickeln. Das sehen zwei internationale Finanzdienstleistungsunternehmen, *Moody's Investors Service* und die japanische *Nomura Holdings*, ähnlich und haben ihre Aussichten für die indische Wirtschaft auf der Bewertung „Baa2“ festgeschrieben, der zweitniedrigste Wert beim Investmentranking.

### Elektronischer Angriff per E-Mail

Anfang Dezember veröffentlichte die Berliner Sektion von Amnesty International, dass zwischen September und Oktober 2019 mehrere Menschenrechtsverteidiger/-innen und Journalist(inn)en E-Mails mit einer Malware erhalten haben, um Rechner und Smartphone auszuspionieren. Sobald die Malware installiert ist, hat der Angreifer volle Transparenz und Kontrolle über den Rechner, Zugriff auf alle Dateien und auf die Kamera, kann unbemerkt Screenshots schießen und alles aufzeichnen, was auf der Tastatur eingegeben wird. Die meisten Empfänger/-innen der kontaminierten E-Mail stehen mit kritischen Untersuchungen und Aussagen zu den Vorgängen und Verhaftungen zum Fall Bhima Koregaon in Verbindung. Bisher haben Yahoo und Google in Indien ansässige Ziele gewarnt, dass sie möglicherweise Opfer einer Spionageattacke von „regierungsgestützten Akteuren“ geworden sind.

Die US-amerikanische Vereinigung der Strafverteidiger/-innen (*American Bar Association*) hat im Übrigen nach ihrer Visite in Indien in einem vorläufigen Bericht vom Oktober 2019 festgestellt, dass die Verhaftungen von Aktivist(inn)en und Anwalt(inn)en durch Polizei aus Maharashtra ernsthafte Bedenken stützen hinsichtlich verfahrensrechtlicher Unregelmäßigkeiten, Missbrauch von Prozessen und Verletzungen grundlegender Menschenrechte. Auch Menschenrechtsexpert(inn)en der Vereinten Nationen hatten ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Verhaftungen und Anklagen als Vergeltung für die legitime Menschenrechtsarbeit der Angeklagten erhoben worden seien.

### 35 Jahre nach der Katastrophe von Bhopal

In der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember 1984 entwichen aus einer Pestizidfabrik der *Union Carbide Corporation* (UCC, US-Unternehmen) 40 Tonnen

Methylisocyanat (MIC), eine hoch giftige Chemikalie. 8000 Menschen wurden in den ersten drei Tagen getötet, mehr als eine halbe Million Menschen lebenslang verstümmelt. Spätere Untersuchungen förderten zutage, dass die Betriebsanlage in Bhopal sich deutlich von Anlagen in den USA in Form geringerer Sicherheitsmerkmale und schlechterer Baumaterialien unterschied. Der Konzern hatte außerdem in Indien fast die Hälfte der Mitarbeiter, insbesondere diejenigen, die über die Verschlechterung der Gesundheitsbedingungen am Arbeitsplatz sprachen, entlassen und Warnungen vor einem eigenen Sicherheitsaudit des Unternehmens ignoriert. *Union Carbide* wurde wegen Totschlags und anderer schwerwiegender Straftaten angeklagt, hat sich jedoch indischen Gerichten entzogen und befindet sich derzeit im Besitz von *Dow Chemical*. Die US-Regierung schützt *Dow Chemical* davor, vor das Bezirksgericht Bhopal geladen zu werden und verstößt damit gegen das Rechtshilfeabkommen mit Indien. Die indische Regierung überschlägt sich ihrerseits nicht damit, auf die Einhaltung des Abkommens zu dringen. Henry Kissinger hatte damals seinen politischen Einfluss spielen lassen, um einen Vergleich zwischen *Union Carbide* und indischer Regierung zustande zu bringen. Keiner der acht Führungskräfte der indischen Tochtergesellschaft von UCC hat eine Minute im Gefängnis verbracht. Das Unternehmen und seine Nachfolger entgehen bis heute jeglicher strafrechtlichen Verantwortung. Darauf weisen Opferverbände und Unterstützer/-innen wenigstens hin, die unter anderem unter [www.bhopal.net](http://www.bhopal.net) erreichbar sind.

### Klimapartnerschaft mit Deutschland

Laut der Umweltorganisation GERMANWATCH haben sich beim jüngsten Besuch von Kanzlerin Angela Merkel bei Indiens Premierminister Narendra Modi Anfang November beide auf eine Kooperation zum Thema Klimawandel verständigt. Die deutsch-indische Klimapartnerschaft werde von Deutschland mit einer Milliarde Euro in den Bereichen Technologieentwicklung, etwa Elektromobilität, Energiespeicher oder erneuerbare Energien unterstützt. Indiens Regierung hatte nach Amtsantritt von Modi sein Ziel bei der Energiegewinnung aus der Sonne von 100 auf 450 Gigawatt erhöht. Einige Bundesstaaten hatten früher schon angekündigt, keine neuen Kohlekraftwerke mehr bauen zu wollen. Im Sommer 2019 kletterte das Thermometer in der Hauptstadt Neu-Delhi auf über 50 Grad Celsius. Die Wasservorräte von Chennai waren weitgehend erschöpft.